



OCTOBER
2014

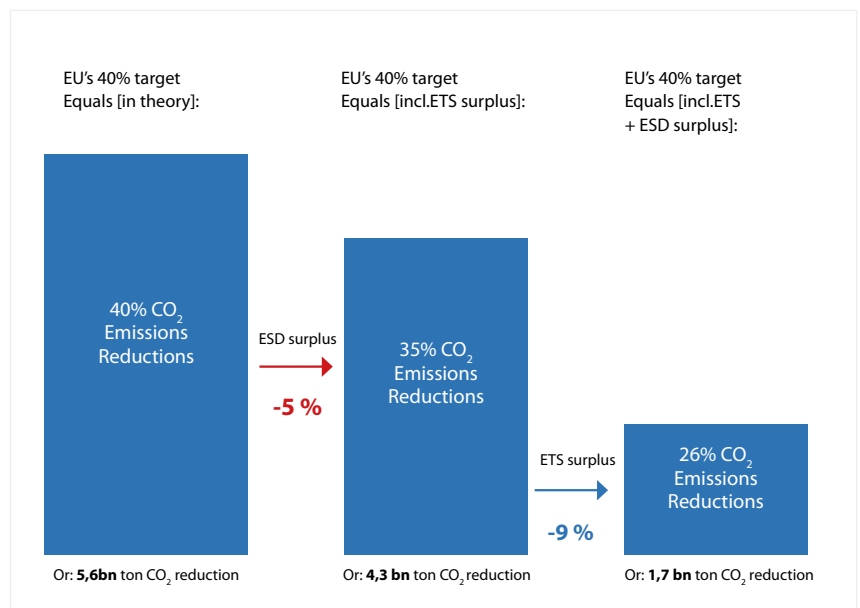
Carbon
Market
Watch



4 Milliarden Tonnen heiße Luft in der EU könnten das vorgeschlagene 40%-Klimaschutzziel auf lediglich 26% reduzieren

Am 23. und 24. Oktober 2014 werden die Staats- und Regierungschefs der EU über die künftigen Maßnahmen in Europa zur Vermeidung des gefährlichen globalen Temperaturanstiegs beraten. Es wird erwartet, dass sie bei diesem wichtigen Termin vorschlagen werden, die Treibhausgasemissionen innerhalb Europas im Vergleich zu den Emissionswerten von 1990 bis 2030 um 40% zu reduzieren. Natürlich reicht dieses vorgeschlagene Ziel nicht ansatzweise aus, um den Transformationsprozess voranzutreiben, den wir in Europa bei unserem Kampf gegen den Klimawandel benötigen.

Einige Regierungen und Industrien versuchen jedoch, Europas Klimaschutzmaßnahmen sogar noch weiter zu verwässern. Sie wollen die Schlupflöcher in unserem gegenwärtigen Klimaübereinkommen dazu nutzen, Europas künftige Klimaschutzambitionen zu untergraben. Diese Schlupflöcher haben dazu geführt, dass derzeit eine 4 Milliarden-Tonnen-Blase heißer Luft einen dunklen Schatten über das Klimaschutzziel der EU für 2030 wirft, denn es könnte unmittelbar in künftige Emissionsrechte umgewandelt werden. Ohne sofortiges, dringliches Handeln würde diese Kohlenstoffblase gewissermaßen dazu führen, dass die tatsächliche Reduzierung von Emissionen bei einem 40%-Reduktionsziel in Wirklichkeit nur bei 26% liegt.¹ Die 4 Milliarden Verschmutzungsrechte sind auf zwei Politikinstrumente verteilt: das EU-Emissionshandelssystem (Emissions Trading System, ETS)² und die Lastenteilungsentscheidung (Effort Sharing Decision, ESD)³.



Die 1,3 Milliarden Tonnen heiße Luft in EU-Ländern

Man geht davon aus, dass die europäischen Länder bis 2020 im Rahmen der Lastenteilungsentscheidung, die jährliche Reduktionsziele für jedes Land festsetzt, voraussichtlich etwa 1,3 Milliarden nicht genutzte Emissionsrechte angesammelt haben werden. Zu diesem Ergebnis kommt man, weil Prognosen zeigen, dass die gegenwärtigen Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2013-2020 jedes Jahr unter den EU-Zielvorgaben bleiben werden. Das führt zu einem Überschuss an Emissionsrechten in der ESD, der etwa 600 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten entspricht⁴. Dass sich ein Überschuss an Emissionsrechten bilden konnte, liegt an den schwachen Zielvorgaben und wird keineswegs das Ergebnis zusätzlicher Reduktionsbemühungen der Länder sein.

EU-Mitgliedstaaten können auch mehr als die Hälfte ihrer gesamten Reduktionsverpflichtungen durch Emissionsgutschriften aus Kompensationsprojekten in Entwicklungsländern erfüllen. Das bedeutet, dass Mitgliedstaaten bis 2020 bis zu 750 Millionen solcher Emissionsgutschriften nutzen dürfen⁵.

Deshalb könnte bis 2020 aufgrund von schwachen Zielvorgaben und der Nutzung internationaler Emissionsgutschriften eine Blase heißer Luft entstehen, die 1,35 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalenten in der ESD entspricht.



Einige Länder haben angedeutet, dass sie ihre heiße Luft in das Klimaübereinkommen 2030 überführen möchten. Um zu vermeiden, dass diese 5% Phantom-Emissionsrechte das 40%-Ziel unterminieren, sollten die Staats- und Regierungschefs sich stattdessen darauf einigen, das Horten von Überschüssen zu verbieten.

Die 2,6 Milliarden Tonnen heiße Luft auf dem EU-Kohlenstoffmarkt

Mehr als 2 Milliarden überschüssige Emissionszertifikate untergraben derzeit den Kohlenstoffmarkt in Europa und Europas Bemühungen, den Klimawandel einzudämmen. Es wird erwartet, dass die Anhäufung überschüssiger Emissionsrechte bis 2020 weiter ansteigen wird: auf 2,6 Milliarden überschüssige Emissionszertifikate⁶. Der Überschuss im Rahmen des EU ETS könnte Europas Klimaschutzbemühungen über Jahrzehnte hinweg sabotieren, da die überschüssigen Zertifikate automatisch in das Klimaübereinkommen 2030 übernommen werden. Das würde dazu führen, dass sich aus dem Überangebot an Emissionszertifikaten mehr Emissionsrechte nach 2020 ableiten würden.

Das Überangebot an Emissionszertifikaten, von dem der EU ETS überschwemmt wird, senkt die Kohlenstoffpreise, bietet weniger Anreize für Klimaschutzmaßnahmen und führt zu geringeren Strafen für Luftverschmutzer. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, dass fast die gesamte Schwerindustrie ihre Emissionszertifikate kostenlos erhält. Es wird vorgeschlagen, dass die Industrie von heute bis 2020 ein Kontingent an kostenlosen Emissionszertifikaten im Wert von fast 40 Milliarden aus dem Geld der Steuerzahler erhalten soll. Bisher sind diese energieintensiven Industriezweige bereits durch zu viele kostenlose Emissionszertifikate subventioniert worden, denn sie haben eine Milliarde Emissionsrechte zusätzlich zu den tatsächlich erforderlichen Mengen erhalten⁷.



Im Rahmen des EU-Kohlenstoffmarkts wird die heiße Luft automatisch in das Klimaübereinkommen 2030 übernommen. Um zu vermeiden, dass diese 9% Phantom-Verschmutzungsrechte die vorgeschlagene 40%-Zielvorgabe untergraben, sollten die Staats- und Regierungschefs sich darauf verständigen, die überschüssigen Emissionszertifikate auf Dauer zu streichen, indem sie die Obergrenzen im EU ETS enger fassen.

1. Berechnungen unter der Annahme, dass der Überschuss von 3,95 Milliarden für die Einhaltung des Reduktionsziels im Zeitraum 2020-2030 genutzt wird, und unter der Annahme, dass die EU-28-Emissionen 1990 bei 5,626 Millionen Tonnen CO₂ lagen (EEA, 2014).
2. Weitere Informationen über den EU ETS finden Sie in unserem in unserem policy briefing "What's needed to fix the EU's carbon market" [hier](#).
3. Weitere Informationen über die ESD finden Sie in unserem policy briefing "Tackling 60% of the EU's climate problem" [hier](#).
4. Europäische Kommission (April 2014), Technischer Anhang zum Kyoto Ambition Mechanism Report.
5. European Environment Agency (2013). [Trends and projections in Europe 2013](#).
6. EC (2014), SWD(2014)17, Impact Assessment accompanying the Proposal for a Decision concerning the establishment of a market stability reserve ([siehe hier](#)).
7. EC (2014), Impact Assessment accompanying the Commission Decision determining the 2015-2019 carbon leakage list.



Contact information:
Femke de Jong, Policy Officer
femke.dejong@carbonmarketwatch.org